

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2006 — 5103

[C — 2006/33106]

**19. OKTOBER 2006 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung verschiedener dienstrechtlicher Bestimmungen betreffend das Personal des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses, insbesondere des Artikels 11 § 1;

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Auf Grund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 1, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 1998;

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere Artikel 24 § 1;

Auf Grund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes, insbesondere Artikel 1;

Auf Grund der Richtlinie 92/85/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass vom 7. September 1998;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit in den Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, 18. Februar 2002, 18. November 2002, 20. Februar 2003, 11. Dezember 2003, 8. Dezember 2004 und 10. März 2005;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Februar 2003 und 11. Dezember 2003;

Auf Grund der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG;

Auf Grund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S5/2006 vom 20. Juni 2006;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 13. Juni 2006;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal erteilt am 26. Juni 2006;

Auf Grund des Gutachtens Nr. 41.053/1/V des Staatsrates, das am 7. September 2006 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung;

Beschließt:

KAPITEL I. — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

**Artikel 1** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 1

Vorliegender Erlass ist anwendbar auf alle Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

**Art. 2** - Im selben Erlass wird ein Artikel *2bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel *2bis*

Die Nichtbeachtung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses hat zur Folge, dass das betroffene Personalmitglied ungerechtfertigt abwesend ist und für die Dauer der ungerechtfertigten Abwesenheit sein Recht auf Gehalt verliert.»

**Art. 3** - Artikel 3 desselben Erlasses erfährt folgende Änderungen:

1. § 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«§ 2. Am ersten Tag seiner Abwesenheit ist das Personalmitglied verpflichtet, den Tag an seinem Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort zu verbringen, es sei denn, es lägen zwingende Gründe vor, die ein Verlassen des Wohnsitzes oder des ständigen Aufenthaltsortes notwendig machen. Diese zwingenden Gründe sind durch das Personalmitglied zu beweisen.

Falls das Personalmitglied nicht beabsichtigt, den Tag seiner Abwesenheit, wie in Absatz 1 vorgeschrieben, an seinem Wohnort beziehungsweise seinem ständigen Aufenthaltsort zu verbringen, teilt es dem Abteilungsleiter seinen Aufenthaltsort mit.»

2. in § 3 wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3 ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Falls der Aufenthaltsort während der Abwesenheit verschieden ist vom gesetzlichen Wohnort des Personalmitgliedes, führt die ärztliche Bescheinigung diesen Aufenthaltsort sowie die Dauer des Aufenthalts an. Jede Änderung dieses Aufenthaltsortes muss der Kontrolleinrichtung vorher gemeldet werden.»

3. es wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«§ 4. Das Personalmitglied, das während einer Abwesenheit einen mehrtägigen Auslandsaufenthalt plant, ist verpflichtet, mindestens 7 Tage vor der geplanten Abreise einen Kontrollbesuch bei der Kontrolleinrichtung zu beantragen; es sei denn, es liegen zwingende Gründe vor, die einen solchen Aufenthalt kurzfristig erforderlich machen.»

**Art. 4** - Im selben Erlass wird ein Artikel 3bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 3bis

§ 1. Der Generalsekretär kann entweder aus eigener Initiative oder aber auf Vorschlag der Kontrolleinrichtung, des Kontrollbeamten oder des Abteilungsleiters ein Personalmitglied unter automatische Kontrolle stellen.

Die entsprechende begründete Entscheidung wird dem betroffenen Personalmitglied per Einschreibebrief zugestellt.

§ 2. Außer in Fällen höherer Gewalt ist das Personalmitglied, das in Anwendung von § 1 unter automatische Kontrolle gestellt worden ist, verpflichtet, sich am ersten Tag seiner Abwesenheit vor 10 Uhr telefonisch bei der Kontrolleinrichtung zu melden.

Diese Meldung entbindet nicht von den Pflichten, die dem Personalmitglied in Anwendung von Artikel 3 obliegen.

§ 3. Die Kontrolleinrichtung kann dem Generalsekretär aus eigener Initiative oder auf Anfrage des Personalmitglieds hin vorschlagen, die in Anwendung von § 1 ausgesprochene Maßnahme aufzuheben.»

**Art. 5** - In Artikel 4 desselben Erlasses wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Diese ärztliche Bescheinigung geht spätestens am Tag vor der in der ärztlichen Bescheinigung angegebenen Wiederaufnahme des Dienstes bei der Kontrolleinrichtung ein.»

**Art. 6** - Artikel 6 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 6

Das Personalmitglied kann eine Kontrolluntersuchung, die feststellen soll, ob die Abwesenheit wegen Krankheit gerechtfertigt ist, nicht verweigern.»

**Art. 7** - Artikel 7 desselben Erlasses erfährt folgende Änderungen:

1. § 1 Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Bei Abwesenheiten kann der Kontrollbeamte oder der Abteilungsleiter bei der Kontrolleinrichtung beantragen, dass das Personalmitglied am Wohnsitz oder am ständigen Aufenthaltsort untersucht wird. Die Kontrolleinrichtung kann auch aus eigener Initiative entscheiden, einen Kontrollarzt zum Wohnsitz oder zum ständigen Aufenthaltsort des Personalmitglieds zu entsenden.

2. § 1 Absatz 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Insofern dem Personalmitglied der Ausgang laut dem in Artikel 3 § 3 angeführten Formular nicht gestattet war und der Arzt der Einrichtung es bei seiner Untersuchung am Wohnsitz oder am ständigen Aufenthaltsort nicht antrifft, gilt seine Abwesenheit wegen Krankheit als ungerechtfertigt und es trägt zusätzlich alle diesbezüglich entstandenen Kosten, es sei denn, das Personalmitglied kann dem Kontrollbeamten sein Fernbleiben durch zwingende Gründe rechtfertigen.»

3. § 3 Absatz 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Erachtet der Kontrollarzt die Abwesenheit wegen Krankheit nach Untersuchung für gerechtfertigt, teilt er dem Personalmitglied dies umgehend anhand eines Formulars mit, das vom Personalmitglied als Empfangsbestätigung unterzeichnet wird.»

4. § 4 Absatz 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Ist der Kontrollarzt der Auffassung, dass das Personalmitglied in der Lage ist, die Arbeit oder den Dienst voll- oder halbtätig aufzunehmen, teilt er dem Personalmitglied dies umgehend anhand eines Formulars mit, das vom Personalmitglied als Empfangsbestätigung unterzeichnet wird und informiert, insofern das Personalmitglied mit dieser Entscheidung nicht einverstanden ist, unverzüglich den behandelnden Arzt, um innerhalb von 24 Stunden zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Der behandelnde Arzt kann durch einen Kollegen vertreten werden. Finden in dieser Zeitspanne keine Beratungen zwischen den Ärzten statt, gilt die Entscheidung des Kontrollarztes als definitiv, und sie kann nicht mehr angefochten werden. Die Beratungen setzen die Entscheidung des Kontrollarztes bis zu einer endgültigen Entscheidung aus.»

5. § 4 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Kommen die Ärzte nicht zu einer gemeinsamen Entscheidung, bezeichnet die Einrichtung im Einvernehmen mit dem behandelnden Arzt einen Schiedsarzt, der die endgültige Entscheidung binnen 24 Stunden trifft und sie dem Personalmitglied umgehend anhand eines Formulars mitteilt, das das Personalmitglied als Empfangsbestätigung unterzeichnet. Der Schiedsarzt teilt diese Entscheidung binnen 24 Stunden auch dem Kontrollbeamten mit, der den betroffenen Abteilungsleiter informiert. Handelt es sich hierbei um die Aufnahme der Arbeit oder des Dienstes, gilt die Abwesenheit wegen Krankheit des Personalmitglieds ab dem nächstfolgenden Arbeitstag als ungerechtfertigt. Der behandelnde Arzt gibt vor der Bezeichnung des Schiedsarztes dem Patienten Gelegenheit zur Aussprache.»

6. Es wird ein § 5 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«§ 5. Falls der Kontrollarzt bei seinem Kontrollbesuch feststellt, dass noch keine ärztliche Bescheinigung vorliegt, entscheidet er allein, ob die Abwesenheit wegen Krankheit gerechtfertigt ist.»

7. Es wird ein § 6 mit folgendem Wortlaut eingebaut:

«§ 6. Ist der Kontrollarzt bei einer eintägigen Abwesenheit der Auffassung, dass das Personalmitglied in der Lage ist, die Arbeit oder den Dienst wieder aufzunehmen, nimmt das Personalmitglied seine Arbeit oder seinen Dienst unmittelbar wieder auf. Geschieht dies innerhalb desselben Ziviljahres ein weiteres Mal, gilt die Abwesenheit als ungerechtfertigt und das Personalmitglied verliert für diesen Tag sein Recht auf Gehalt, wobei in diesem Fall die Arbeit oder der Dienst an diesem Tag nicht mehr aufzunehmen ist.

Ist der Kontrollarzt bei einer mehrtägigen Abwesenheit der Auffassung, dass das Personalmitglied in der Lage ist die Arbeit oder den Dienst wieder aufzunehmen, gilt die Abwesenheit wegen Krankheit des Personalmitglieds ab dem nächstfolgenden Arbeitstag als ungerechtfertigt und das Personalmitglied verliert für die Dauer der ungerechtfertigten Abwesenheit sein Recht auf Gehalt.»

**Art. 8** - Artikel 8 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 8

Eine Kontrolluntersuchung kann ausschließlich zwischen 8 Uhr und 20 Uhr erfolgen.»

*KAPITEL II. — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit in den Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

**Art. 9** - Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit in den Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 2

Die Vorschriften des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle bei Abwesenheit wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind mit den erforderlichen Anpassungen und gegebenenfalls einschließlich zukünftiger Abänderungen anwendbar auf alle Personalmitglieder der Einrichtungen öffentlichen Interesses der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

*KAPITEL III. — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten*

**Art. 10** - Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten erfährt folgende Änderungen:

1. § 2 Absatz 1 Nummer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Belgier sein, wenn die auszuübenden Funktionen eine unmittelbare oder mittelbare Teilnahme an der Ausübung hoheitlicher Befugnisse bedeuten, deren Wahrnehmung solche Aufgaben mit sich bringen, die auf die Wahrung der allgemeinen Belange des Staates, der Gemeinschaft oder der Region ausgerichtet sind, oder für die anderen Fälle Belgier sein oder Bürger eines Staates sein, der zum Europäischen Wirtschaftsraum oder zur Schweizerischen Eidgenossenschaft gehört, beziehungsweise Familienangehöriger eines solchen Bürgers im Sinne von Absatz 3 sein;

2. in § 2 Absatz 2 die Wortfolge «vom Staatlichen Sozialmedizinischen Amt oder» gestrichen.

3. es werden die Absätze 3, 4 und 5 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Im Sinne von Absatz 1 Nummer 1 bezeichnet der Ausdruck «Familienangehöriger»

a) den Ehegatten;

b) den Lebenspartner, mit dem der in Absatz 1 Nummer 1 angeführte Bürger gesetzlich zusammenwohnt im Sinne der Artikel 1475 und folgende des Zivilgesetzbuches;

c) die Verwandten in gerader absteigender Linie des in Absatz 1 Nummer 1 angeführten Bürgers und des Ehegatten oder des Lebenspartners im Sinne von Punkt b, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder denen von diesen Unterhalt gewährt wird;

d) die Verwandten in gerader aufsteigender Linie des in Absatz 1 Nummer 1 angeführten Bürgers und des Ehegatten oder des Lebenspartners im Sinne von Punkt b, denen von diesen Unterhalt gewährt wird.

Der Familienangehörige erbringt den Nachweis zur Erfüllung einer der vorangegangenen Bedingungen.

Die in Absatz 3 gemachten Begriffsbestimmungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zur Änderung der Verordnung Nr. 1612/68 und zur Aufhebung der Richtlinien 64/221/EWG, 68/360/EWG, 72/194/EWG, 73/148/EWG, 75/34/EWG, 75/35/EWG, 90/364/EWG, 90/365/EWG und 93/96/EWG und sind in diesem Sinne zu verstehen.»

**Art. 11** - In Artikel 12 Absatz 1 Nummer 1 und 2, 14 Absatz 1 und 2, 15 § 1, § 2 und § 3, 16 Absatz 1, 19 § 1 und § 2, 62 Absatz 2 sowie 63 Absatz 2 desselben Erlasses werden die Begriffe «Ständigen Anwerbungssekretär» und «Ständigen Anwerbungssekretariat» beziehungsweise «Ständige Sekretär» oder «Ständige Anwerbungssekretär» durch den Begriff «Geschäftsführenden Verwalter des Selor» beziehungsweise «Geschäftsführende Verwalter des Selor» ersetzt.

**Art. 12** - Artikel 14 Absatz 3 desselben Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Der Generalsekretär beschließt nach Beratung mit dem Direktionsrat, ob eine Anwerbsreserve gebildet wird, und legt gegebenenfalls die Gültigkeitsdauer fest. Diese Gültigkeitsdauer kann ein einziges Mal nach demselben Verfahren verlängert werden. Die erfolgreichen Prüfungsteilnehmer, die klassiert wurden, werden über die Verlängerung in Kenntnis gesetzt.»

**Art. 13** - Artikel 123 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 123

Das Gehalt der Beamtin im Mutterschaftsurlaub deckt fünfzehn Wochen ab, bei Mehrfachgeburten siebzehn Wochen beziehungsweise neunzehn Wochen, sofern die in Artikel 125 Absatz 3 vorgesehene Anfrage erfolgte.»

**Art. 14** - In Artikel 124 desselben Erlasses wird das Wort «sechs» durch «fünf» und «acht» durch «sieben» ersetzt.

**Art. 15** - Artikel 125 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 125

Die Beamtin darf ab dem siebten Tag vor dem voraussichtlichen Datum der Entbindung bis nach Ablauf einer neunwöchigen Periode ab dem Tag der Entbindung keine Arbeit verrichten.

Die Arbeitsunterbrechung wird über die neunte Woche hinaus verlängert, und zwar um einen Zeitraum, dessen Dauer dem Zeitraum entspricht, in dem das Personalmitglied ab der sechsten Woche vor dem effektiven Datum der Entbindung beziehungsweise ab der achten Woche vor dem effektiven Datum der Entbindung, wenn eine Mehrfachgeburt vorgesehen ist, weiter gearbeitet hat. Im Falle einer Frühgeburt wird dieser Zeitraum um die Anzahl Tage verringert, an denen das Personalmitglied während der siebentägigen Zeitspanne vor der Entbindung gearbeitet hat.

Im Falle einer Mehrfachgeburt wird der neunwöchige Zeitraum der Arbeitsunterbrechung nach der Entbindung um höchstens zwei weitere Wochen gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes verlängert, wenn das Personalmitglied diese Verlängerung beantragt.»

**Art. 16** - Im selben Erlass wird ein Artikel 125.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 125.1

Wenn das Neugeborene länger als sieben Tage ab der Geburt im Krankenhaus verbleiben muss, kann die Beamtin nach Inanspruchnahme des postnatalen Mutterschaftsurlaubs eine Verlängerung der Arbeitsunterbrechung um die Anzahl Tage beantragen, die das Neugeborene ab dem 7. Tag nach der Geburt im Krankenhaus verweilen muss. Der Mutterschaftsurlaub darf maximal um 24 Wochen verlängert werden.

Das Personalmitglied, das von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte, übergibt dem Generalsekretär:

1. nach Ablauf des postnatalen Mutterschaftsurlaubs eine Bescheinigung der Krankenhauseinrichtung, aus der das Geburtsdatum und die genaue Dauer des Krankenhausaufenthaltes des Kindes hervorgeht;

2. gegebenenfalls nach Ablauf des durch die erste Bescheinigung abgedeckten Zeitraumes eine neue Bescheinigung der Krankenhauseinrichtung, aus der hervorgeht, dass das Neugeborene das Krankenhaus noch immer nicht verlassen hat, und auf der die Dauer des Krankenhausaufenthaltes vermerkt ist.»

**Art. 17** - In Artikel 126 Absatz 1 desselben Erlasses wird das Wort «sechs» durch «fünf» und «acht» durch «sieben» ersetzt.

**Art. 18** - Im selben Erlass wird ein Artikel 132.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 132.1

Die im vorliegendem Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 92/85/EWG des Rates der Europäischen Gemeinschaft vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz.

**Art. 19** - Im selben Erlass wird ein Artikel 136.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 136.1

Die in vorliegendem Unterabschnitt vorgesehenen Bestimmungen dienen der Umsetzung der Richtlinie 96/34/EG des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 3. Juni 1996 zu der von UNICEF, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Elternschaftsurlaub.»

**Art. 20** - In Artikel 156 desselben Erlasses wird Absatz 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Pro Zeitraum von 10 Jahren aktivem Dienst dürfen die Zeitspannen, in denen es dem Personalmitglied infolge Krankheit erlaubt wird, seinen Dienst halbeinzig auszuüben, insgesamt 90 Kalendertage nicht übersteigen. Diese Frist von 10 Jahren beginnt am ersten Tag, an dem das Personalmitglied seinen Dienst infolge Krankheit halbeinzig ausübt.»

**Art. 21** - Artikel 161 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 161

Der für das Personal zuständige Minister legt fest, in welchen Fällen die Kosten einer Aus- und Weiterbildung von der Deutschsprachigen Gemeinschaft übernommen werden.»

**Art. 22** - Im Anhang I zum selben Erlass wird in der Stufe I:

1. die Zeile

«Leitender Informatiker..... I.C»

durch die Zeile

«Dienstleitender Informatiker..... I.C»

ersetzt

2. nach der in Nummer 1 angeführten Zeile die Zeile

«Dienstleitender Zivilingenieur..... I.C»

eingefügt

3. die Zeile

«Erster Informatiker..... I.D»

durch die Zeile

«Leitender Informatiker..... I.D»

ersetzt.

**Art. 23** - Im Anhang III desselben Erlasses wird in der Stufe I:

1. die Zeile

«Leitender Informatiker..... I/9»

durch die Zeile

«Dienstleitender Informatiker..... I/9»

ersetzt

2. nach der in Nummer 1 angeführten Zeile die Zeile

«Dienstleitender Zivilingenieur..... I/9»

eingefügt

3. die Zeile

«Erster Informatiker..... I/7»

durch die Zeile

«Leitender Informatiker..... I/7»

ersetzt

**Art. 24** - Im selben Erlass wird ein Anhang VI hinzugefügt:

«Anhang VI Umwandlungsliste ab 1. Januar 2006

Alter Dienstgrad

Neuer Dienstgrad

—

—

Leitender Informatiker  
Erster Informatiker

Dienstleitender Informatiker  
Leitender Informatiker

KAPITEL IV. — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen*

**Art. 25** - Artikel 15.2 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 15.2

In den Artikeln 89, 91, 104, 117 zweiter Absatz, 120 § 2, 125.1, 126, 132, 154, 155, 168 erster Absatz, 169, 171, 172 und 217 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter «Generalsekretär», «geschäftsführender Direktor».

**Art. 26** - Im selben Erlass wird ein Artikel 15.9.1 mit folgendem Wortlaut eingebaut:

«Artikel 15.9.1

Artikel 161 des vorgenannten Erlasses erhält folgende Fassung:

Der Verwaltungsrat legt fest, in welchen Fällen die Kosten einer Aus- und Weiterbildung von der Einrichtung übernommen werden.»

KAPITEL V. — *Schlussbestimmungen*

**Art. 27** - Artikel 22, 23 und 24 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2006 in Kraft.

Artikel 1 bis 9 treten am 1. Januar 2007 in Kraft.

**Art. 28** - Der Ministerpräsident, zuständig für das Personal und den Haushalt, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 19. Oktober 2006

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden,  
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2006 — 5103

[C - 2006/33106]

**19 OCTOBRE 2006. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant différentes dispositions statutaires concernant le personnel du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, notamment l'article 11, § 1;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), notamment l'article 1, modifié par le décret du 29 juin 1998;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, notamment l'article 24, § 1;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, notamment l'article 1;

Vu la directive 92/85/CEE du Conseil des Communautés européennes, du 19 octobre 1992, concernant la mise en œuvre de mesures visant à promouvoir l'amélioration de la sécurité et de la santé des travailleuses enceintes, accouchées ou allaitantes au travail;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone, modifié par l'arrêté du 7 septembre 1998;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie dans les organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 18 février 2002, 18 novembre 2002, 20 février 2003, 11 décembre 2003, 8 décembre 2004 et 10 mars 2005;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 20 février 2003 et 11 décembre 2003;

Vu la directive 2004/38/CE du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 relative au droit des citoyens de l'Union et des membres de leurs familles de circuler et de séjourner librement sur le territoire des Etats membres, modifiant le règlement (CEE) n° 1612/68 et abrogeant les directives 64/221/CEE, 68/360/CEE, 72/194/CEE, 73/148/CEE, 75/34/CEE, 75/35/CEE, 90/364/CEE, 90/365/CEE et 93/96/CEE;

Vu le protocole n° S5/2006 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 20 juin 2006;  
Vu l'avis de l'Inspection des finances, donné le 13 juin 2006;  
Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 26 juin 2006;  
Vu l'avis n° 41.053/1/V du Conseil d'Etat, émis le 7 septembre 2006 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;  
Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;  
Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I<sup>er</sup>. — *Modification de l'arrêté du gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone*

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 1 de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone est remplacé par la disposition suivante :

« Article 1 - Le présent arrêté s'applique à tous les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone. »

**Art. 2.** Dans le même arrêté, il est inséré un article *2bis*, libellé comme suit :

« Article *2bis* - Le non-respect des dispositions du présent arrêté a pour conséquence que le membre du personnel concerné se trouve en absence injustifiée et perd pour cette période son droit au traitement. »

**Art. 3.** L'article 3 du même arrêté est modifié comme suit :

1° Le § 2 est remplacé par la disposition suivante :

« § 2 - Le premier jour d'absence, le membre du personnel ne peut quitter son domicile ou sa résidence habituelle, sauf si des motifs impérieux l'y contraignent. Ces motifs impérieux doivent être prouvés par le membre du personnel.

Si le membre du personnel n'a pas l'intention de rester - comme prévu à l'alinéa 1 - à son domicile ou à sa résidence habituelle durant son jour d'absence, il communique son lieu de séjour au chef de division. »

2° Au § 3, l'alinéa suivant est inséré entre le deuxième et le troisième alinéa :

« Si, pendant son absence, le membre du personnel séjourne en un autre lieu que son domicile légal, le certificat médical mentionne ce lieu et la durée du séjour. Tout changement de ce lieu de séjour doit être communiqué au préalable à l'établissement de contrôle. »

3° Il est ajouté un § 4, libellé comme suit :

« § 4 - Le membre du personnel qui, pendant une absence, prévoit de séjourner plusieurs jours à l'étranger est tenu de demander, au moins 7 jours avant le départ prévu, une visite de contrôle auprès de l'établissement de contrôle, sauf si des motifs impérieux imposent un tel séjour dans de brefs délais. »

**Art. 4.** Dans le même arrêté, il est inséré un article *3bis*, libellé comme suit :

« Article *3bis* - § 1 - Le secrétaire général peut, d'initiative ou sur proposition de l'établissement de contrôle, de l'agent contrôleur ou du chef de division, soumettre un membre du personnel à un contrôle spontané.

La décision motivée y afférente est notifiée au membre du personnel par lettre recommandée.

§ 2 - Sauf cas de force majeure, le membre du personnel mis sous contrôle spontané en application du § 1 est tenu, le premier jour d'absence, de téléphoner avant 10 heures à l'établissement de contrôle.

Cette obligation ne dispense pas le membre du personnel des obligations qui lui incombent en application de l'article 3.

§ 3 - L'établissement de contrôle peut, d'initiative ou à la demande du membre du personnel, proposer au secrétaire général de lever la mesure prononcée en application du § 1. »

**Art. 5.** Dans l'article 4 du même arrêté, il est ajouté un alinéa 2, libellé comme suit :

« Ce certificat médical doit être rentré auprès de l'établissement de contrôle au plus tard le jour précédant la date de reprise du service mentionnée dans le certificat. »

**Art. 6.** L'article 6 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6 - Le membre du personnel ne peut refuser un examen de contrôle visant à déterminer le bien-fondé de l'absence pour maladie. »

**Art. 7.** L'article 7 du même arrêté est modifié comme suit :

1° Le § 1, alinéa 1, est remplacé par la disposition suivante :

« Lors d'absences, l'agent contrôleur ou le chef de division peut demander auprès de l'établissement de contrôle à ce que le membre du personnel soit contrôlé à son domicile ou à sa résidence habituelle. L'établissement de contrôle peut aussi, d'initiative, décider d'envoyer un médecin contrôleur au domicile ou à la résidence habituelle du membre du personnel. »

2° Le § 1, alinéa 3, est remplacé par la disposition suivante :

« Dans la mesure où le membre du personnel, conformément à la formule mentionnée à l'article 3, § 3, n'était pas autorisé à sortir et que le médecin de l'établissement ne le trouve pas à son domicile ou à sa résidence habituelle lors de l'examen de contrôle, son absence pour maladie est considérée comme injustifiée et le membre du personnel supportera en outre tous les frais encourus à moins qu'il ne puisse justifier son absence par des motifs impérieux auprès de l'agent contrôleur. »

3° Le § 3, alinéa 1, est remplacé par la disposition suivante :

« Si le médecin contrôleur estime, après examen, que l'absence pour maladie est justifiée, il en informe immédiatement le membre du personnel au moyen d'un formulaire que ce dernier signe pour réception. »

4° Le § 4, alinéa 1, est remplacé par la disposition suivante :

« Si le médecin contrôleur estime que le membre du personnel est en état de reprendre le travail ou le service à temps plein ou à mi-temps, il en informe immédiatement le membre du personnel au moyen d'un formulaire que ce dernier signe pour réception et, dans la mesure où le membre du personnel n'accepte pas cette décision, en avise immédiatement le médecin traitant afin de parvenir à une décision commune dans les 24 heures. Le médecin traitant a le droit d'être représenté par un collègue. Si les médecins ne se sont pas concertés pendant cette période, la décision prise par le médecin contrôleur est censée être définitive et ne peut plus être contestée. Les concertations suspendent la décision du médecin contrôleur jusqu'à ce qu'une décision définitive soit prise. »

5° Le § 4, alinéa 2, est remplacé par la disposition suivante :

« Si les médecins ne parviennent pas à une décision commune, l'établissement désigne, en accord avec le médecin traitant, un médecin-expert qui prendra la décision définitive dans les 24 heures et en informera immédiatement le membre du personnel au moyen d'un formulaire que ce dernier signe pour réception. Dans les 24 heures, le médecin-expert communique également cette décision à l'agent contrôleur, lequel informe le chef de division concerné. S'il s'agit d'une reprise de travail ou de service, l'absence pour maladie du membre du personnel est considérée comme injustifiée à partir du jour ouvrable suivant. Avant la désignation du médecin-expert, le médecin traitant donne au patient la possibilité de s'expliquer. »

6° Il est ajouté un § 5, libellé comme suit :

« § 5 - Si le médecin contrôleur constate, lors de sa visite de contrôle, qu'aucun certificat médical n'a encore été produit, il décide seul du bien-fondé de l'absence pour maladie. »

7° Il est ajouté un § 6, libellé comme suit :

« § 6 - Si, dans le cas d'une absence d'un jour, le médecin contrôleur estime que le membre du personnel est en état de reprendre le travail ou le service, le membre du personnel le reprend immédiatement. Si cela se reproduit une fois au cours de la même année civile, l'absence est considérée comme injustifiée et le membre du personnel perd, pour ce jour, son droit au traitement et ne doit plus reprendre le travail ou le service ce jour-là.

Si, lors d'une absence de plusieurs jours, le médecin contrôleur estime que le membre du personnel peut reprendre le travail ou le service, l'absence pour maladie dudit membre du personnel est considérée comme injustifiée à partir du jour ouvrable suivant et le membre du personnel perd pour cette période son droit au traitement. »

**Art. 8.** L'article 8 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 8 - Un examen de contrôle ne peut avoir lieu qu'entre 8 et 20 h. »

*CHAPITRE II. — Modification de l'arrêté du gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie dans les organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone*

**Art. 9.** L'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie dans les organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone est remplacé par la disposition suivante :

« Article 2 - Les prescriptions de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone sont applicables mutatis mutandis à tous les membres du personnel des organismes d'intérêt public en Communauté germanophone en tenant compte, le cas échéant, de modifications ultérieures.

*CHAPITRE III. -- Modification de l'arrêté du gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

**Art. 10.** L'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents est modifié comme suit :

1° Le § 2, alinéa 1, 1°, est remplacé par la disposition suivante :

« 1° être Belge lorsque les fonctions à exercer comportent une participation, directe ou indirecte, à l'exercice de la puissance publique impliquant des missions qui ont pour objet la sauvegarde des intérêts généraux de l'Etat, de la Communauté ou de la Région ou, dans les autres cas, être Belge ou citoyen d'un état membre de l'Espace économique européen ou de la Confédération helvétique ou membre de la famille d'un tel citoyen au sens de l'alinéa 3;

2° Au § 2, alinéa 2, le passage « par l'Office médico-social de l'Etat ou » est supprimé.

3° Les alinéas 3, 4 et 5 suivants sont ajoutés :

« Au sens de l'alinéa 1, 1°, l'expression « membre de la famille » désigne :

- a) le conjoint;
- b) le partenaire avec lequel le citoyen mentionné à l'alinéa 1, 1°, cohabite légalement au sens des articles 1475 et suivants du Code civil;
- c) les parents en ligne directe descendante du citoyen mentionné à l'alinéa 1, 1°, ou de son conjoint ou partenaire au sens du b), qui n'ont pas encore 21 ans accomplis ou sont à sa charge;
- d) les parents en ligne directe ascendante du citoyen mentionné à l'alinéa 1, 1°, ou de son conjoint ou partenaire au sens du b) qui sont à sa charge.

Le membre de la famille fournit la preuve qu'il satisfait à l'une des conditions susmentionnées.

Les définitions énoncées à l'alinéa 3 servent à transposer la directive 2004/38/CE du Parlement européen et du Conseil du 29 avril 2004 relative au droit des citoyens de l'Union et des membres de leurs familles de circuler et de séjourner librement sur le territoire des Etats membres, modifiant le règlement (CEE) n° 1612/68 et abrogeant les directives 64/221/CEE, 68/360/CEE, 72/194/CEE, 73/148/CEE, 75/34/CEE, 75/35/CEE, 90/364/CEE, 90/365/CEE et 93/96/CEE et doivent être comprises dans ce sens. »

**Art. 11.** Dans les articles 12, alinéa 1, 1° et 2°, 14, alinéas 1 et 2, 15, §§ 1, 2 et 3, 16, alinéa 1, 19, §§ 1 et 2, 62, alinéa 2, et 63, alinéa 2, du même arrêté, les mots « le Secrétaire permanent au Recrutement », « le secrétaire permanent » et « le Secrétariat permanent au Recrutement » sont remplacés par « l'Administrateur délégué de Selor ».



**Art. 12.** L'article 14, alinéa 3, du même arrêté, est remplacé par la disposition suivante :

« Le secrétaire général décide après concertation avec le conseil de direction si une réserve de recrutement doit être constituée et, le cas échéant, en fixe la durée de validité. Celle-ci ne peut être prolongée qu'une fois selon la même procédure. Les lauréats classés sont informés de la prolongation. »

**Art. 13.** L'article 123 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 123 - Le traitement de l'agent féminin en congé de maternité est liquidé pendant quinze semaines et pendant dix-sept ou dix-neuf semaines en cas de naissance multiple, pour autant que la demande prévue à l'article 125, alinéa 3, ait été introduite. »

**Art. 14.** Dans l'article 124 du même arrêté, les mots « six » et « huit » sont remplacés respectivement par « cinq » et « sept ».

**Art. 15.** L'article 125 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 125 - L'agent féminin ne peut effectuer aucun travail du septième jour précédant la date présumée de l'accouchement au terme de la période de neuf semaines calculée à partir du jour de l'accouchement.

L'interruption de travail est prolongée au-delà de la neuvième semaine, et ce pour une période dont la durée correspond à la période pendant laquelle le membre du personnel a continué de travailler à partir de la sixième semaine précédant la date effective de l'accouchement ou de la huitième semaine lorsqu'une naissance multiple est prévue. En cas de naissance prématurée, cette période est réduite du nombre de jours pendant lesquels le membre du personnel a travaillé au cours des sept jours précédant l'accouchement.

En cas de naissance multiple, la période d'interruption de travail de neuf semaines suivant l'accouchement est, à la demande du membre du personnel et conformément aux dispositions de l'alinéa précédent, prolongée d'une période de deux semaines supplémentaires au plus. »

**Art. 16.** Dans le même arrêté, il est inséré un article 125.1, libellé comme suit :

« Article 125.1 - Lorsque le nouveau-né doit rester à l'hôpital plus de sept jours après la naissance, l'agent féminin peut, après avoir pris le congé postnatal, solliciter une prolongation de l'interruption de travail correspondant au nombre de jours que le nouveau-né a dû passer à l'hôpital après le septième jour suivant sa naissance. Le congé de maternité peut être prolongé de 24 semaines au plus.

Le membre du personnel qui souhaite faire usage de cette faculté remet au Secrétaire général :

1° au terme du congé postnatal, une attestation de l'établissement hospitalier indiquant la date de naissance de l'enfant et la durée précise de son hospitalisation;

2° le cas échéant, au terme de la période couverte par la première attestation, une nouvelle attestation de l'établissement hospitalier dont il ressort que le nouveau-né n'a toujours pas quitté l'hôpital et indiquant la durée de l'hospitalisation. »

**Art. 17.** Dans l'article 126, alinéa 1, du même arrêté, les mots « six » et « huit » sont remplacés respectivement par « cinq » et « sept ».

**Art. 18.** Dans le même arrêté, il est inséré un article 132.1, libellé comme suit :

« Article 132.1 - Les dispositions de la présente sous-section servent à transposer la directive 92/85/CEE du Conseil des Communautés européennes, du 19 octobre 1992, concernant la mise en oeuvre de mesures visant à promouvoir l'amélioration de la sécurité et de la santé des travailleuses enceintes, accouchées ou allaitantes au travail. »

**Art. 19.** Dans le même arrêté, il est inséré un article 136.1, libellé comme suit :

« Article 136.1 - Les dispositions prévues dans la présente sous-section servent à transposer la directive 96/34/CE du Conseil de l'Union européenne du 3 juin 1996 concernant l'accord-cadre sur le congé parental conclu par l'UNICE, le CEEP et la CES. »

**Art. 20.** Dans l'article 156 du même arrêté, l'alinéa 2 est remplacé par la disposition suivante :

« Par période de 10 années d'activité de service, les périodes pendant lesquelles le membre du personnel peut exercer son service à mi-temps pour cause de maladie ne peuvent excéder 90 jours calendrier au total. Cette période de 10 ans débute le jour où le membre du personnel exerce son service à mi-temps pour cause de maladie. »

**Art. 21.** L'article 161 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 161 - Le Ministre compétent en matière de personnel détermine dans quels cas le coût d'une formation ou d'une formation continuée est supporté par la Communauté germanophone. »

**Art. 22.** Dans l'annexe I du même arrêté, au niveau I :

1° la ligne

« Informaticien dirigeant..... I.C »

est remplacée par la ligne

« Informaticien-chef de service.....I.C »

2° la ligne

« Ingénieur civil-chef de service.....I.C »

est insérée après la ligne énoncée au 1°

3° la ligne

« Premier Informaticien.....I.D »

est remplacée par la ligne

« Informaticien dirigeant.....I.D »

**Art. 23.** Dans l'annexe III du même arrêté, au niveau I :

1° la ligne

« Informaticien dirigeant..... I/9 »

est remplacée par la ligne

« Informaticien-chef de service.....I/9 »

2° la ligne

« Ingénieur civil-chef de service.....I/9 »

est insérée après la ligne énoncée au 1°

3° la ligne

« Premier Informaticien.....I/7 »

est remplacée par la ligne

« Informaticien dirigeant.....I/7 »

**Art. 24.** Dans le même arrêté, il est ajouté une annexe VI :

« Annexe VI. Liste de conversion à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2006

|              |               |
|--------------|---------------|
| Ancien grade | Nouveau grade |
|--------------|---------------|

|                         |                               |
|-------------------------|-------------------------------|
| —                       | —                             |
| Informaticien dirigeant | Informaticien-chef de service |
| Premier Informaticien   | Informaticien dirigeant       |

CHAPITRE IV. — *Modification de l'arrêté du gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents*

**Art. 25.** L'article 15.2 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents est remplacé par la disposition suivante :

« Article 15.2 -Aux articles 89, 91, 104, 117, alinéa 2, 120, § 2, 125.1, 126, 132, 154, 155, 168, alinéa 1, 169, 171, 172 et 217 de l'arrêté du 27 décembre 1996 précité, l'on entend par « secrétaire général » le « directeur délégué ».

**Art. 26.** Dans le même arrêté, il est inséré un article 15.9.1, libellé comme suit :

« Article 15.9.1 - L'article 161 de l'arrêté précité est rédigé comme suit :

Le conseil d'administration détermine dans quels cas le coût d'une formation ou d'une formation continue est supporté par l'organisme. »

#### CHAPITRE V. — *Dispositions finales*

**Art. 27.** Les articles 22, 23 et 24 produisent leurs effets au 1<sup>er</sup> janvier 2006.

Les articles 1 à 9 entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2007.

**Art. 28.** Le Ministre-Président, compétent en matière de Personnel et de Budget, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 19 octobre 2006.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux  
K.-H. LAMBERTZ

#### VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2006 — 5103

[C — 2006/33106]

**19 OKTOBER 2006.** — **Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van verschillende statutaire bepalingen betreffende het personeel van het Ministerie en van bepaalde parageemeenschappelijke inrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut, inzonderheid op artikel 11, § 1;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), inzonderheid op artikel 1, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 1998;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de KMO'S, inzonderheid op artikel 24, § 1;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling, inzonderheid op artikel 1;

Gelet op de Richtlijn 92/85/EEG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 19 oktober 1992 inzake de tenuitvoerlegging van maatregelen ter bevordering van de verbetering van de veiligheid en de gezondheid op het werk van werknemers tijdens de zwangerschap, na de bevalling en tijdens de lactatie;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het besluit van 7 september 1998;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in de organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000, 18 februari 2002, 18 november 2002, 20 februari 2003, 11 december 2003, 8 december 2004 en 10 maart 2005;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 20 februari 2003 en 11 december 2003;

Gelet op de Richtlijn 2004/38/EG van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende het recht van vrij verkeer en verblijf op het grondgebied van de lidstaten voor de burgers van de Unie en hun familieleden, tot wijziging van de Verordening (EEG) nr. 1612/68 en tot intrekking van de Richtlijnen 64/221/EEG, 68/360/EEG, 72/194/EEG, 73/148/EEG, 75/34/EEG, 75/35/EEG, 90/364/EEG, 90/365/EEG en 93/96/EEG;

Gelet op het protocol nr. S5/2006 van 20 juni 2006 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 13 juni 2006;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 26 juni 2006;

Gelet op het advies nr. 41.053/1/V van de Raad van State, gegeven op 7 september 2006 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

*HOOFDSTUK I. — Wijziging van het besluit van de regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap*

**Artikel 1.** Artikel 1 van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 1 - Dit besluit is van toepassing op alle personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. »

**Art. 2.** In hetzelfde besluit wordt een artikel *2bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *2bis* - De niet-naleving van de bepalingen van dit besluit heeft voor het betrokken personeelslid ten gevolge dat zijn afwezigheid wegens ziekte ongerechtvaardigd is en dat het voor de duur ervan zijn recht op loon verliest. »

**Art. 3.** Artikel 3 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° § 2 wordt vervangen als volgt :

« § 2 - De eerste dag afwezigheid mag het personeelslid zijn woonplaats of gewone verblijfplaats niet verlaten, tenzij dwingende redenen hem ertoe verplichten. Deze dwingende redenen moeten door het personeelslid worden bewezen.

Als het personeelslid niet van plan is de dag afwezigheid op zijn woonplaats of gewone verblijfplaats door te brengen zoals bepaald in lid 1, deelt het de afdelingschef zijn verblijfplaats mede. »

2° In § 3 wordt tussen het tweede en het derde lid een lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Verblijft het personeelslid tijdens zijn afwezigheid elders dan op zijn wettelijke woonplaats, dan vermeldt het medisch attest de plaats alsmede de duur van het verblijf. Elke verandering van verblijfplaats dient vooraf aan de controleinrichting aangekondigd te worden.

3° Er wordt een § 4 toegevoegd, luidend als volgt :

« § 4 - Het personeelslid dat tijdens een afwezigheid meerdere dagen in het buitenland wenst te verblijven, is ertoe verplicht ten minste 7 dagen vóór het gepland vertrek een controleonderzoek bij de controleinrichting aan te vragen, tenzij dwingende redenen zo'n verblijf op korte termijn noodzakelijk maken. »

**Art. 4.** In hetzelfde besluit wordt een artikel *3bis* ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel *3bis* - § 1 - De Secretaris-generaal kan, hetzij op eigen initiatief, hetzij op de voordracht van de controleinrichting, van de ambtenaar-controleur of van de afdelingschef een personeelslid onder spontane controle plaatsen.

De desbetreffende met redenen omklede beslissing wordt het betrokken personeelslid per aangetekende brief betekend.

§ 2 - Behoudens overmacht is het personeelslid dat met toepassing van § 1 onder spontane controle wordt geplaatst, de eerste dag afwezigheid ertoe verplicht zich vóór 10 uur bij de controleinrichting telefonisch te melden.

Dit stelt het personeelslid niet vrij van de hem met toepassing van artikel 3 opgelegde verplichtingen.

§ 3 - De controleinrichting kan de Secretaris-generaal op eigen initiatief of op verzoek van het personeelslid voorstellen de met toepassing van § 1 uitgesproken maatregel op te heffen. »

Artikel 5 - In artikel 4 van hetzelfde besluit wordt een lid 2 toegevoegd, luidend als volgt :

« Dit medisch attest moet ten laatste de dag vóór de in het medisch attest vermelde hervatting van de dienst bij de controleinrichting worden ingediend. »

**Art. 5.** Artikel 6 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« Artikel 6 - Het personeelslid mag een controleonderzoek niet weigeren dat wordt uitgevoerd om de gegrondheid van de afwezigheid wegens ziekte na te gaan. »

**Art. 6.** Artikel 7 van hetzelfde besluit wordt gewijzigd als volgt :

1° § 1, lid 1, wordt vervangen als volgt :

« Bij afwezigheden kan de ambtenaar-controleur of de afdelingschef bij de controleinrichting erom verzoeken dat het personeelslid op zijn woonplaats of op zijn gewone verblijfplaats wordt onderzocht. De controleinrichting kan ook op eigen initiatief beslissen een controlearts op de woonplaats of gewone verblijfplaats van het personeelslid te sturen. »

2° § 1, lid 3, wordt vervangen als volgt :

« Voorzover het personeelslid krachtens het formulier bedoeld in artikel 3, § 3, het recht niet had om uit te gaan en indien de arts van de inrichting, bij een controleonderzoek, het personeelslid op zijn woonplaats of op zijn gewone verblijfplaats niet vindt, wordt de afwezigheid wegens ziekte geacht ongerechtvaardigd te zijn en moet het personeelslid ook alle ter zake ontstane kosten dragen, tenzij het bij de bevoegde ambtenaar-controleur zijn afwezigheid door dwingende redenen kan rechtvaardigen. »

3° § 3, lid 1, wordt vervangen als volgt :

« Is de controlearts na het onderzoek van oordeel dat de afwezigheid wegens ziekte gerechtvaardigd is, deelt hij dit onverwijld mede aan het personeelslid door middel van een formulier dat het personeelslid voor ontvangst ondertekent. »

4° § 4, lid 1, wordt vervangen als volgt :

« Is de controlearts van oordeel dat het personeelslid in staat is om de arbeid of de dienst vol- of halftijds te hervatten, deelt hij dit onverwijld mede aan het personeelslid door middel van een formulier dat het personeelslid voor ontvangst ondertekent en, indien het personeelslid het met deze beslissing niet eens is, verwittigt onmiddellijk de behandelende arts ten einde binnen de 24 uren tot een gemeenschappelijke beslissing te komen. De behandelende arts kan door een collega worden vertegenwoordigd. Plegen de artsen tijdens deze periode geen overleg, dan wordt de beslissing van de controlearts geacht definitief te zijn en mag niet meer betwist worden. Het overleg schorst de beslissing van de controlearts op totdat een definitieve beslissing wordt genomen. »

5° § 4, lid 2, wordt vervangen als volgt :

« Bereiken beide artsen geen gemeenschappelijke beslissing, wijst de inrichting in onderlinge overeenstemming met de behandelende arts een geneesheer-deskundige aan die binnen 24 uur de definitieve beslissing neemt en deze onverwijld het personeelslid meedeelt door middel van een formulier dat het personeelslid voor ontvangst ondertekent. Binnen 24 uur deelt de geneesheer-deskundige deze beslissing eveneens aan de ambtenaar-controleur mede die de betrokken afdelingschef verwittigt. Gaat het om een hervatting van de arbeid of van de dienst, wordt de afwezigheid van het personeelslid wegens ziekte vanaf de volgende werkdag als ongerechtvaardigd beschouwd. Vóór de aanwijzing van de geneesheer-deskundige geeft de behandelende arts aan de patiënt de mogelijkheid om zich te verantwoorden. »

6° Er wordt een § 5 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 5 - Indien de controlearts op het ogenblik van zijn onderzoek vaststelt dat er nog geen medisch attest werd opgesteld, beslist hij alleen over de gegrondheid van de afwezigheid wegens ziekte. »

7° Er wordt een § 6 toegevoegd, luidend als volgt :

« § 6 - Is de controlearts, bij een afwezigheid van één dag, van oordeel dat het personeelslid in staat is om de arbeid of de dienst te hervatten, dan hervat het personeelslid onmiddellijk de arbeid of de dienst. Als dat binnen hetzelfde kalenderjaar nog eens geschiedt, dan geldt de afwezigheid als ongerechtvaardigd en verliest het personeelslid voor deze dag zijn recht op loon; het hoeft deze dag de arbeid of de dienst niet te hervatten.

Is de controlearts, bij een afwezigheid van meerdere dagen, van oordeel dat het personeelslid in staat is om de arbeid of de dienst te hervatten, dan geldt de afwezigheid van het personeelslid wegens ziekte vanaf de volgende werkdag als ongerechtvaardigd en verliest het personeelslid voor de duur van de ongerechtvaardigde afwezigheid zijn recht op loon. »

**Art. 7.** Artikel 8 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« Artikel 8 - Een controleonderzoek mag uitsluitend tussen 8 en 20 uur plaatsvinden. »

HOOFDSTUK II. — *Wijziging van het besluit van de regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in de organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap*

**Art. 8.** Artikel 2 van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in de organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap wordt vervangen als volgt :

« Artikel 2 - De voorschriften van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap zijn mutatis mutandis van toepassing op alle personeelsleden van de organismen van openbaar nut van de Duitstalige Gemeenschap, desgevallend met inachtneming van de toekomstige wijzigingen. »

HOOFDSTUK III. — *Wijziging van het besluit van de regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren*

**Art. 9.** Artikel 3 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt gewijzigd als volgt :

1° § 2, lid 1, 1°, wordt vervangen als volgt :

« 1° Belg zijn indien de uit te oefenen betrekking een rechtstreekse of onrechtstreekse deelneming aan de uitoefening van openbaar gezag inhoudt die werkzaamheden met zich brengt die strekken tot bescherming van de algemene belangen van de Staat, de Gemeenschap of het Gewest ofwel, in de overige gevallen, Belg zijn of burger of familielid van een burger van een staat van de Europese Economische Ruimte of van de Zwitserse Confederatie in de zin van lid 3; »

2° in § 2, lid 2, wordt de passus « de Sociaal-Medische Rijksdienst of » geschrapt.

3° de volgende leden 3, 4 en 5 worden toegevoegd :

« In de zin van lid 1, 1°, dient onder « familielid » te worden verstaan :

a) de echtgenoot;

b) de partner met wie de in lid 1, 1°, vermelde burger samenwoont in de zin van de artikelen 1475 en volgende van het Burgerlijk Wetboek;

c) de rechtstreekse bloedverwanten in neergaande lijn van de in lid 1, 1°, vermelde burger alsmede die van zijn echtgenoot of partner in de zin van b) die jonger zijn dan éénnentwintig jaar of te hunnen laste zijn;

d) de rechtstreekse bloedverwanten in opgaande lijn van de in lid 1, 1°, vermelde burger alsmede die van zijn echtgenoot of partner in de zin van b) die te hunnen laste zijn;

Het familielid levert het bewijs dat het aan één der voorafgaande voorwaarden voldoet.

De in lid 3 opgenomen definities dienen tot de omzetting van de Richtlijn 2004/38/EG van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende het recht van vrij verkeer en verblijf op het grondgebied van de lidstaten voor de burgers van de Unie en hun familieleden, tot wijziging van Verordening (EEG) nr. 1612/68 en tot intrekking van Richtlijnen 64/221/EEG, 68/360/EEG, 72/194/EEG, 73/148/EEG, 75/34/EEG, 75/35/EEG, 90/364/EEG, 90/365/EEG en 93/96/EEG, en zijn in deze zin te verstaan. »

**Art. 10.** In artikel 12, lid 1, 1° en 2°, 14, leden 1 en 2, 15, §§ 1, 2 en 3, 16, lid 1, 19, §§ 1 en 2, 62, lid 2 en 63, lid 2, van hetzelfde besluit worden de begrippen « de Vaste Wervingssecretaris » en « het Vast Wervingssecretariaat » vervangen door « de Afgevaardigd Bestuurder van Selor ».

**Art. 11.** Artikel 14, lid 3, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« De secretaris-generaal beslist na overleg met de directieraad of een wervingsreserve al dan niet moet worden aangelegd en, in voorkomend geval, bepaalt de geldigheidsduur ervan. Deze kan slechts één keer volgens dezelfde procedure worden verlengd. De geslaagden die gerangschikt werden, worden op de hoogte gebracht van de verlenging. »

**Art. 12.** Artikel 123 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« Artikel 123 - De wedde van de vrouwelijke ambtenaar in moederschapsverlof dekt vijftien weken en zeventien of negentien weken in geval van de geboorte van een meerling, voor zover de in artikel 125, lid 3, bepaalde aanvraag werd ingediend. »

**Art. 13.** In artikel 124 van hetzelfde besluit worden de woorden « zes » en « acht » vervangen door « vijf » resp. « zeven ».

**Art. 14.** Artikel 125 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« Artikel 125 - Het personeelslid mag geen arbeid verrichten vanaf de zevende dag die de vermoedelijke datum van de bevalling voorafgaat tot het verstrijken van een periode van negen weken die begint te lopen op de dag van de bevalling.

De arbeidsonderbreking wordt na de negende week verlengd met een periode waarvan de duur gelijk is aan de duur van de periode waarin zij bleef werken vanaf de zesde week vóór de werkelijke datum van de bevalling of vanaf de achtste week wanneer de geboorte van een meerling wordt verwacht. Deze periode wordt, bij een vroeggeboorte, met de dagen verminderd waarop arbeid verricht werd tijdens de periode van zeven dagen die de bevalling voorafgaat.

Bij de geboorte van een meerling wordt, op verzoek van het personeelslid en overeenkomstig de bepalingen van het voorafgaande lid, de periode van arbeidsonderbreking van negen weken na de bevalling verlengd met maximaal twee bijkomende weken. »

**Art. 15.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 125.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 125.1 - Wordt de pasgeborene langer dan zeven dagen na zijn geboorte gehospitaliseerd, kan het personeelslid na het postnataal moederschapsverlof te hebben opgebruikt een verlenging van de arbeidsonderbreking aanvragen die gelijk is aan het aantal dagen dat de pasgeborene vanaf de zevende dag na de geboorte in het ziekenhuis moet verblijven. Het moederschapsverlof mag maximaal met 24 weken worden verlengd.

Het personeelslid dat van deze mogelijkheid gebruik wenst te maken, geeft de Secretaris-generaal de volgende documenten af :

1° na afloop van het postnataal moederschapsverlof een attest van de ziekenhuisinrichting waarop de geboortedatum van het kind en de precieze duur van zijn ziekenhuisverblijf staan vermeld;

2° desgevallend, na afloop van de periode gedekt door het eerste attest, een nieuw attest uitgeleverd door de ziekenhuisinrichting waaruit blijkt dat de pasgeborene het ziekenhuis nog niet heeft verlaten en waarop de duur van het ziekenhuisverblijf staat vermeld. »

**Art. 16.** In artikel 126, lid 1, van hetzelfde besluit worden de woorden « zes » en « acht » vervangen door « vijf » resp. « zeven ».

**Art. 17.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 132.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 132.1 - De bepalingen van deze onderafdeling dienen tot omzetting van de Richtlijn 92/85/EEG van de Raad van de Europese Gemeenschappen van 19 oktober 1992 inzake de tenuitvoerlegging van maatregelen ter bevordering van de verbetering van de veiligheid en de gezondheid op het werk van werkneemsters tijdens de zwangerschap, na de bevalling en tijdens de lactatie. »

**Art. 18.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 136.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 136.1 - De bepalingen van deze onderafdeling dienen tot omzetting van de Richtlijn 96/34/EG van de Raad van de Europese Unie van 3 juni 1996 betreffende de door de UNICE, het CEEP en het EVV gesloten raamovereenkomst inzake ouderschapsverlof. »

**Art. 19.** In artikel 156 van hetzelfde besluit wordt lid 2 vervangen als volgt :

« Per 10 jaar dienstactiviteit mogen de perioden waar het personeelslid wegens ziekte zijn dienst halftijds mag uitoefenen, 90 kalenderdagen in totaal niet overschrijden. Deze periode van 10 jaar begint te lopen de eerste dag waar het personeelslid wegens ziekte zijn dienst halftijds uitoefent. »

**Art. 20.** Artikel 161 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

« Artikel 161 - De Minister bevoegd inzake Personeel bepaalt de gevallen waar de kosten van een opleiding of voortgezette opleiding door de Duitstalige Gemeenschap worden gedragen. »

**Art. 21.** In de bijlage I bij hetzelfde besluit wordt in niveau I :

1° de lijn

« Leidend informaticus..... I.C »

vervangen door

« Informaticus-hoofd van dienst..... I.C »

2° na de in 1° opgenomen lijn de volgende lijn ingevoegd :

« Burgerlijk ingenieur-hoofd van dienst..... I.C »

3° de lijn

« Eerste informaticus.....I.D »

vervangen door

« Leidend informaticus.....I.D »

**Art. 22.** In de bijlage III bij hetzelfde besluit wordt in niveau I :

1° de lijn

« Leidend informaticus..... I/9 »

vervangen door

« Informaticus-hoofd van dienst..... I/9 »

2° na de in 1° opgenomen lijn de volgende lijn ingevoegd :

« Burgerlijk ingenieur-hoofd van dienst..... I/9 »

3° de lijn

« Eerste informaticus.....I/7 »

vervangen door

« Leidend informaticus.....I/7 »

**Art. 23.** In hetzelfde besluit wordt een bijlage VI toegevoegd :

« Bijlage VI. - Omzettingslijst vanaf 1 januari 2006.

Vroegere graad

Nieuwe graad

—

—

Leidend informaticus

Informaticus-hoofd van dienst

Eerste informaticus

Leidend informaticus

**HOOFDSTUK IV. — Wijziging van het besluit van de regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan**

**Art. 24.** Artikel 15.2 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan wordt vervangen als volgt :

« Artikel 15.2 - In de artikelen 89, 91, 104, 117, lid 2, 120, § 2, 125.1, 126, 132, 154, 155, 168, lid 1, 169, 171, 172 en 217 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « secretaris-generaal » « afgevaardigde directeur » te worden verstaan.

**Art. 25.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 15.9.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.9.1 - Artikel 161 van bovenvermeld besluit luidt als volgt :

De Raad van beheer bepaalt de gevallen waar de kosten van een opleiding of voortgezette opleiding door de Duitstalige Gemeenschap worden gedragen. »

**HOOFDSTUK V. — Slotbepalingen**

**Art. 26.** De artikelen 22, 23 en 24 hebben uitwerking op 1 januari 2006.

De artikelen 1 tot en met 9 treden in werking op 1 januari 2007.

**Art. 27.** De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 19 oktober 2006.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :  
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ